Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4 1/2 Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 312. **Mittwoch** den 7. November 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Die Feier der Wiedereröffnung der Lutherkirche

wird, so Gott will,
Sonntag, den 11. November 1888, Vormittags 9 Uhr
stattfinden.

Der unterzeichnete **Kirchenbauverein** beehrt sich, zu der **Theilnahme** an dieser Feier hierdurch ergebenst einzuladen.

Für die Herren **Mitglieder der Kaiserlichen, Königlichen** und **Städtischen Behörden, des Officiercorps** und der **Universität, des Stadtverordneten-Collegiums** und der **Kirchenvorstände** werden, soweit es der beschränkte Raum gestattet, **Plätze auf und vor dem Altarraume** vorbehalten werden.

Die geehrten **Festtheilnehmer** werden ersucht, den **Zugang** zu denselben durch das nordöstlich gelegene **Beichthaus** zu nehmen.

Den **Mitgliedern des Kirchenbauvereins** wird anheimgegeben, **Donnerstag**, den 8., und **Freitag**, den 9. November, bei Herrn Kirchschullehrer Herrmann, Thomaskirchhof Nr. 23, **je zwei Festprogramme** abzuholen, welche **bis 1/2 9 Uhr allein zum Eintritt in Schiff und Emporen der Kirche berechtigen. Pünctlich 1/2 9 Uhr wird die Kirche der übrigen Gemeinde geöffnet werden.**

Leipzig, am 2. November 1888.

Der Kirchenbauverein daselbst.
D. Pank, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Nachdem von uns heute der Mechaniker
Herr **Karl Bürga Heinrich Grahl**
hier, Wiesenstraße 24,
als gewerbsmäßiger Trichinenschauer in Pflicht genommen worden ist, so bringen wir solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 30. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 2071. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar, Aff.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier
Donnerstag, den 8. November a. c., Vorm. von 9 Uhr an,
eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, 1 Aquarium, 2 Oeldruckbilder und dergl. mehr **meistbietend versteigert** werden.

Leipzig, den 2. November 1888.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Bekanntmachung.

Wegen Reparatur des Asphaltbelags in
den **Durchfahrten An der Pleiße 10**
und **Dorotheenplatz 2/3**
werden diese Durchfahrten
von **Mittwoch, den 7. dieses Monats, ab**
auf etwa 2 Tage
für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 5. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 9469. Dr. Georgi. Hennig.

Als **herrenlos** befindet sich seit Ende letzter Messe in unserer Verwahrung **eine Kiste mit wollenen Waaren**, welche das Signum „Borkis“ und „Berlin A. K. 332“ trägt.

Der Eigenthümer hierzu wird hierdurch aufgefordert, sich gehörig legitimirt rechtzeitig zu melden, da anderenfalls weitere Verfügung getroffen werden wird.

Leipzig, am 5. November 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Revision der französischen Verfassung.

Der Ausschuß der französischen Deputirtenkammer für die Verfassungsrevision hat sich am 31. October mit sechs gegen eine Stimme dahin schlüssig gemacht, daß die französische Verfassung zu revidiren sei, und sich dann bis zur nächsten Woche vertagt. Der Beschluß hat in **Paris** einen schlechten Eindruck gemacht, und der Senat sieht sich dadurch genöthigt, den gegen sein Dasein gerichteten Angriff kräftig abzuwehren. Der bekannte Finanzmann und zu wiederholten Malen Finanzminister Léon Say hat sich in diesem Sinne geäußert und wird jedenfalls eine Hauptrolle in dem bevorstehenden Kampfe übernehmen.

Bekanntlich liegen dem Ausschusse mehrere Anträge auf Revision der Verfassung vor, aber nur der Antrag Floquet's macht positive Vorschläge zur Abänderung; außerdem ist sein Antrag für dringlich erklärt, und schon aus diesem Grunde muß er zuerst in Betracht gezogen werden. Man hat dem Ausschuß für die Verfassungsrevision den Beinamen Bestattungsausschuß gegeben, in diesem Falle aber mit Unrecht, denn er kann sich nach dem Beschluß vom 31. October nicht mehr der Verpflichtung entziehen, mit Ernst an die Prüfung des vorliegenden Revisionsentwurfs heranzutreten. Freilich ist damit noch kein Termin für das Ende der Berathung gesetzt, aber die Sache kommt jetzt wenigstens in Fluß, und die Entscheidung muß früher oder später erfolgen.

Man hat den Floquet'schen Entwurf auf keiner Seite ernst genommen, die Ernennung der Minister auf Zeit, die theilweise Ergänzung der Kammer in zweijährigen Terminen, die Aufhebung aller Rechte, welche der Senat bisher gehabt hat, bis auf das der Warnung in Finanzfragen sind so einschneidende Veränderungen des Staatsgrundgesetzes, daß ihr Zustandekommen geradezu unmöglich genannt werden muß, um so mehr, als diese Vorschläge den Stempel der praktischen Unausführbarkeit an der Stirn tragen. Schon daß Clemenceau sich für den Floquet'schen Entwurf erklärt hat, in der Hoffnung, dadurch den extremen Bestrebungen die Oberhand zu verschaffen, hat gegen diesen Entwurf lebhafte Bedenken wachrufen müssen, und Floquet hat sich genöthigt gesehen, zur Abwehr des ihm dargebrachten Einverständnisses des Führers der äußersten Linken die Nothwendigkeit einer Einigung beider Kammern über ihren Standpunct in der Revisionsfrage vor Zusammentritt des Congresses anzuerkennen und zur Richtschnur zu geben. Damit ist aber nichts gethan, denn der Senat wird niemals sein eigenes Todesurtheil unterschreiben, und schon aus diesem Grunde ist die Befolgung des Rathschlages Floquets unmöglich.

Der Beschluß des Revisionsausschusses ist ein Beweis für die Verwirrung und Zerfahrenheit, welche in Abgeordnetenkreisen herrscht. Die Kammer fühlt ihr Ende herannahen und möchte doch ihre Daseinsberechtigung erweisen; aber gerade aus den verfehlten Versuchen, diesen Zweck zu erreichen, läßt sich ihre Unfähigkeit, etwas Lebensfähiges zu schaffen, erkennen.

Die Kammer quält sich gegenwärtig ab, eine bessere Finanzverwaltung anzubahnen, sie kann sich aber nicht zu der Einsicht erheben, daß die fortwährende unfruchtbare Steigerung der Ausgaben für Kriegszwecke das Land finanziell ruiniren muß und daß mit dem Verlust des Wohlstandes unlösbar der Verlust der politischen Freiheit verbunden ist. Das Land sieht sich schon seit Jahren nach einem Retter aus seinen Nöthen um, und wenn dieser Retter auch nicht im Stande ist, die Hoffnungen, welche auf ihn gesetzt werden, zu erfüllen, so ist doch die Sehnsucht nach einer Veränderung des bestehenden Zustandes so stark, daß schon dadurch der Bestand der Republik auf das Aeußerste gefährdet erscheint.

Boulanger kann mit Befriedigung auf seine bisherigen Erfolge blicken, es ist ihm gelungen, das Ministerium sammt dem Präsidenten der Republik fast ausschließlich mit der Abwehr seines Einflusses zu beschäftigen. Alle Reisen, welche Carnot unternommen hat, alle Reden, welche die Minister in verschiedenen Städten und bei mannigfachen Gelegenheiten gehalten haben, dienten in der Hauptsache dem Zweck, die Bewegung zu Gunsten Boulanger's zum Stillstand zu bringen oder ihr eine andere Richtung zu geben. Endlich griff Floquet, in der Gefahr, sein Portefeuille zu verlieren, nach dem Strohhalm der Verfassungsrevision, lediglich in der Absicht, Boulanger und seinen Anhängern ein willkommenes Agitationsmittel zu entziehen. Wie der Augenschein lehrt, ist ihm das nicht gelungen, denn Boulanger hat dadurch Anlaß gefunden, an dem Entwurfe Floquet's eine nicht minder wohlfeile als berechtigte Kritik zu üben. Boulanger hat die Ausarbeitung Floquet's lächerlich genannt und als einen Beweis von Mißtrauen gegen die öffentliche Meinung bezeichnet, zugleich hat er aber seine republikanische Gesinnung an den Tag gelegt und die in Frankreich so beliebte Redensart von der Volkssouveränetät wieder in Umlauf gebracht. „Nationale Republik“, „ruhmreiche Mission Frankreichs“ — das sind Köder, auf welche der eitle Durchschnittsfranzose leicht und gern anbeißt, und diese hat ihnen Boulanger vorgehalten.
Die Revision der Verfassung, wie sie Floquet meint, ist nichts als ein Versuch, die Dauer seiner Ministerschaft zu verlängern, ausführbar sind seine Vorschläge nicht, wie schon ein flüchtiger Blick auf die Grundzüge derselben lehrt, also hatte Boulanger leichtes Spiel, die Lächerlichkeit des ganzen Vorganges darzuthun. Der Dictator der Zukunft ist keineswegs ein klarer, politischer Kopf, der Floquet an staatsmännischen Eigenschaften überlegen ist, aber der Platz, auf welchem er steht, giebt ihm ein natürliches Uebergewicht über alle verfehlten Versuche Floquet's, sich den Schwierigkeiten der Lage gegenüber zu halten. Boulanger hat den Vorzug, seinen Weg in der Armee gemacht zu haben, er hat ferner den Vorzug, die ihm günstigen Verhältnisse mit größter Rücksichtslosigkeit ausbeuten zu können, weil man von ihm keine schöpferische Thätigkeit als Staatsmann oder Gesetzgeber verlangt und erwartet, sondern nur kühnes Auftreten gegen die herrschende Parteiwirthschaft und Ablehnung aller Anstrengungen der politischen Gegner als verfehlt und nicht zeitgemäß.

In dieser Beziehung hat sich Boulanger als ein durchaus brauchbares Werkzeug der Zeitströmung bewährt, und darum hat er auch eine Zukunft. Er kann von seinem sicheren Standpunct aus mit Verachtung auf alle Anstrengungen seiner Gegner hinabblicken, weil er in der glücklichen Lage ist, sich nicht auf dem ihnen bekannten Boden und mit den ihnen gewohnten Waffen messen zu brauchen. Die Opportunisten stehen vor der Gefahr, ihren Einfluß einzubüßen, und deshalb müssen sie zu dem Mittel greifen, die vorhandene Kammer so lange wie irgend möglich zusammenzuhalten, weil sie nicht wissen, welche Ergebnisse Neuwahlen bringen werden. Nach dem Vorgange des 19. August müssen sie Wahlen erwarten, welche Boulanger zum Herrn der Lage machen. Boulanger ist heute seinem Ziele so nahe, daß er sagen kann: Floquet und Carnot hätten sich verbunden, um ihm seinen Weg so bequem wie möglich zu machen. Die Verfassungsrevision, welche Floquet zuerst mit aller Kraft bekämpfte, ist heute von ihm selbst in die Hand genommen, und die Kammerauflösung wird an dem Tage nicht mehr abzuwenden sein, an welchem sich herausstellt, daß die Verfassungsrevision von der vorhandenen Kammer nicht ausgeführt werden kann. Boulanger wird gezwungen, seinen Einfluß geltend zu machen, er mag wollen oder nicht. *

Leipzig, 7. November.

* Wie man hört, beabsichtigt Se. Majestät der **Kaiser** selbst die bevorstehende **Reichstagssession** zu eröffnen.

* Die **Reichstagswahl** in Ansbach-Schwabach hat zum Sieg des **volksparteilichen** Candidaten **Kröber** geführt. Wie vorauszusehen gewesen, hat wieder die ganze bunte Gesellschaft, deren Vertreter bis zum Februar vor. Js. den **Reichstag** beherrschten und durch ihre Wirksamkeit den Unwillen der deutschen Nation herausforderten, Demokraten, Deutschfreisinnige, Socialdemokraten und Ultramontane, einmüthig zusammengestimmt, und da ist denn freilich der Candidat der nationalen Parteien unterlegen. Der Wahlkreis gehörte zu den allerunsichersten für diese letzteren. Er war fast immer fortschrittlich oder volksparteilich vertreten, und nur bei der vorjährigen Reichstagswahl war es mit großer Anspannung der Kräfte bei der damals so hochgehenden patriotischen Erregung gelungen, einen nationalgesinnten Abgeordneten durchzubringen. So zieht denn wieder ein Vertreter der Volkspartei, die bekanntlich bei den vorjährigen Wahlen vollständig ausgemerzt worden war, in den Reichstag ein. Es wäre auch schade gewesen, wenn in dem buntscheckigen Bild der Opposition diese anmuthige Species dauernd ganz gefehlt hätte!

* Die in **Belfort** gemißhandelten **Studenten** haben nachstehende Eingabe an den Fürsten Bismarck gerichtet: „**Freiburg i. B., den 30. October 1888.** Die Ent-unterzeichneten gestatten sich in aller Ergebenheit, einem hohen „Reichskanzler-Amte“ zur geneigten Kenntnißnahme zu unterbreiten, daß laut Erlasses des großherzoglichen Justizministeriums vom 23. d. M., dasselbe die Belforter Angelegenheit, soweit sie das diesseitige Ministerium berühre, als erledigt halte, nachdem alle Bemühungen, einen französischen Rechtsanwalt zur Vertretung zu gewinnen, erfolglos geblieben seien. Albert Heiser, stud. rer. nat. Max Maizier, stud. rer. nat. F. Mußmann, stud. rer. nat. Fritz Heiser, stud. jur.“

* **Wahlproteste gegen die neuen Abgeordnetenwahlen** dürften nur in wenigen Fällen zu erwarten sein. Nur ganz vereinzelt verlautet von Unregelmäßigkeiten und Wahlbeeinflussungen, die zur Anfechtung einer Wahl führen dürften. Ob die Wahlbeeinflussungen der Bischöfe von irgend einer Seite zum Gegenstand eines Protestes gemacht werden, wird abzuwarten sein. Jedenfalls wird sich im Abgeordnetenhause Gelegenheit finden, sie der gebührigen Beleuchtung zu unterziehen.

* Die herkömmlichen **Uebersichten über die Geschäftsthätigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses** in der letzten ordentlichen und der außerordentlichen Session sind soeben erschienen. Dieselben sind in der bisherigen Art angefertigt und zerfallen in die Rednerliste, die Uebersicht über den Staatshaushalts-Etat und die Hauptübersicht. Die Arbeit ist in gewohnter Genauigkeit und Uebersichtlichkeit von dem Bureaudirector Geh. Rechnungsrath Kleinschmidt angefertigt.

* Wie rücksichtslos die Deutschfreisinnigen mit ihren **Parteigenossen zweiten Ranges** umgehen, wenn ihre „großen Männer“ in ihren angestammten Wahlkreisen durchgefallen sind und nun einen anderweiten parlamentarischen Unterschlupf haben möchten, das zeigt sich in **Breslau** und **Kiel**. Dort soll Herr von **Saucken-Julienfelde** beseitigt und durch den in Hamm-Soest durchgefallenen Herrn **Traeger** ersetzt werden; in Kiel soll Herr **Seelig** dem in **Altona** um sein Mandat gekommenen Herrn **Hänel** Platz machen.

* Die „**Freisinnige Zeitung**“ des Herrn E. Richter eifert „gegen die Freigebigkeit städtischer Behörden“, wobei sie u. A. sagt:

Freigebigkeit ist eine schöne Sache, aber nur, wenn aus eigener Tasche gegeben wird, nicht auch, wenn fremde Taschen dazu in Anspruch genommen werden. Politische Corporationen wie der Staat, die Provinz, der Kreis, die Gemeinde haben nicht das Recht, freigebig zu sein, denn der Haushalt derselben beruht überall auf der Erhebung der Steuern, welche unter Androhung von Zwang eingetrieben werden.

Wir sind auch entschieden dagegen, daß die politischen Gemeinden den Kirchengemeinden den Grund und Boden auf öffentlichen Plätzen zu Kirchenbauten unentgeltlich abtreten.

In allen vorbezeichneten Richtungen ist u. A. die Stadt Berlin in den letzten Jahren in ihrer Freigebigkeit mehr und mehr auf eine falsche Bahn gerathen. Je schwieriger es ist, in einzelnen Fällen Einhalt zu thun, um so mehr muß die Richtung, in die man hineingerathen ist, grundsätzlich bekämpft werden. Wir glauben auch nicht zu irren, hierin der Stimmung weiter Kreise der Berliner Bevölkerung Ausdruck zu geben.

Ein Commentar zu diesen Glossen des demokratischen Blattes ist überflüssig; — dieselben niedriger zu hängen, genügt.

* Zu dem wenig erquicklichen Streit darüber, ob man 1870 die süddeutschen Staaten zum bedingungslosen Eintritt in den damaligen Norddeutschen Bund hätte zwingen können und sollen, wird der „Kölnischen Zeitung“ aus Süddeutschland geschrieben:

Daß die liberale Partei in Bayern, welche damals bekanntlich den Namen „deutsche Fortschrittspartei in Bayern“ führte, mit verschiedenen der für Bayern ausbedungenen Vorrechte nichts weniger als einverstanden war, ergiebt sich sehr deutlich aus dem Minderheitsgutachten des Ausschusses, und dasselbe gilt von der Rede, welche Barth als Vertreter der Ausschußminderheit in der bayerischen Kammer am 11. Januar 1871 hielt. Aus beiden Quellen geht aber unwiderleglich hervor, daß an die völlig unveränderte Annahme der damaligen norddeutschen Verfassung in Bayern nicht zu denken gewesen wäre, und selbst mit den Zugeständnissen, welche nach der föderativen Seite und den particularistischen Neigungen entsprechend in den Versailler Vereinbarungen gemacht wurden, gelang es doch nur, die Annahme der Verträge mit zwei Stimmen über die verfassungsmäßige Zweidrittel-Mehrheit (102 zu 48) durchzuziehen. Ohne Zweifel hätte bei Ablehnung der Vorlage und darauf erfolgter Kammerauflösung eine neugewählte Kammer mehr als die nöthige Zweidrittel-Mehrheit gebracht, aber wohlverstanden führte die Krone von Bayern damals den Kampf gegen die Widersacher, und die Verfassungsänderungen und Reservatrechte wirkten als schlagende Gegengründe gegen die ultramontanen preußenfeindlichen Uebertreibungen und Unwahrheiten. Alles dies wäre anders gewesen, wenn man gegen den Willen der Krone und die altgewohnten Vorurtheile in den Massen der Bevölkerung rücksichtslos den Eintritt Bayerns hätte erzwingen wollen. In dieser Ueberzeugung haben damals die Wortführer der liberalen Kammerpartei in Berlin nach besten Kräften für die Annahme der Versailler Verträge durch den norddeutschen Reichstag gewirkt, und die Folgezeit hat bewiesen, daß die große Mehrheit des Norddeutschen Reichstags recht gethan hat, indem sie diesem Rathe der befreundeten Abgeordneten aus Bayern folgte. Von der allgemeinen europäischen Seite der Frage sehen wir dabei ganz ab. Es ist ein ewig denk- und dankwürdiger Beweis von der richtigen staatsmännischen Politik des Reichskanzlers, daß man damals die süddeutschen Staaten und namentlich Bayern mit gutem Willen zu sich kommen ließ; die ganze innere Entwickelung seitdem, soweit sie sich auf die Kräftigung der nationalen Einheit durch Gesetz und Gewöhnung bezieht, ist auf das damals geübte suaviter in modo zurückzuführen.

* Dem „Staatsanzeiger für Württemberg“ zufolge ist der Präsident des Staatsministeriums, Freiherr von Mittnacht, auf Wunsch des Königs am Sonntag nach Nizza abgereist. — Der „Staatsanzeiger“ bringt ferner folgende Mittheilung: „Gegenüber der Behauptung auswärtiger Zeitungen über angeblich von Sr. Majestät dem König contrahirte, das allerhöchste Privatvermögen belastende Verbindlichkeiten sind wir von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die fragliche Behauptung jedes thatsächlichen Grundes entbehrt.“

* * *

* Die österreichische Socialdemokratie giebt ein sehr bemerkenswerthes Lebenszeichen als internationale Partei von sich, die erste Gesammtkundgebung seit längerer Zeit. Es veröffentlichen nämlich die Redactionen der fünf Zeitschriften „Gleichheit“ in Wien, „Arbeiterstimme“, „Volksfreund“ und „Rovnost“ (Gleichheit) in Brünn und „Hlas Lidu“ (Volksstimme) in Proßnitz (man vermißt die Partei-Organe von Prag, Reichenberg) einen Aufruf zu einem „Parteitag der österreichischen Socialdemokratie“ für die Tage vom 30. December bis 1. Januar. Um ein Verbot zu vermeiden, werden alle Theilnehmer, die sich melden, mit namentlichen Einladungskarten ausgestattet. Ort und genaue Tagesordnung will man erst später bekannt geben. In dem Aufruf wird beklagt, daß die Entwickelung der Socialdemokratie in Oesterreich nach kurzem Aufschwunge durch ungünstige Verhältnisse und durch Uneinigkeit gehemmt worden sei, der Parteitag bezwecke nun „die Vereinigung der classenbewußten Arbeiterschaft zu einer wirksamen zielbewußten socialdemokratischen Arbeiterpartei“. Mit dem **Anarchismus** findet sich der Aufruf in folgenden geschraubten Sätzen auf ebenso sanftmüthige als zweideutige Weise ab: „Mehr und mehr wurde es Ueberzeugung der Massen der bewußten Arbeiterschaft, daß die Partei ebenso die Pflicht hat, Schritt zu halten mit der durch die fortschreitende Proletarisirung täglich wachsenden Entschlossenheit der Arbeiterclasse, als es ihre Pflicht ist, in zäher, unverdrossener Arbeit ihren Zielen nachzustreben, wo sprunghaftes Vorgehen nur fruchtlose Opfer schafft.“

* In Vertretung des Kaisers **Franz Josef** begiebt sich Erzherzog Wilhelm, begleitet vom Kammervorsteher Baron Kobilitz und einem Ehrencavalier, in den nächsten Tagen nach **Kopenhagen**, um dem **Regierungsjubiläum** des **Königs** beizuwohnen.

* Das durch den Telegraphen bereits auszugsweise wiedergegebene **Rescript Kaiser Alexander's an Herrn von Giers** hat in der Uebersetzung des St. Petersburger „Herold“ folgenden Wortlaut:

Nikolai Karlowitsch. Heute sind es 50 Jahre, daß Sie Ihre Dienste dem Ressort des Ministeriums des Auswärtigen gewidmet haben. Indem Sie mit ausgezeichnetem Eifer die verschiedenen Stufen der diplomatischen Laufbahn erstiegen, erregten Sie die hohe Aufmerksamkeit Meines in Gott ruhenden Vaters, der Sie zum Gehilfen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ernannte. Auf diesem Posten, wie auch in der wiederholten Leitung des Ministeriums während der Abwesenheit des verstorbenen Reichskanzlers, haben Sie von Neuem Ihren Eifer in der Erfüllung Ihrer Obliegenheiten bewiesen. Ihre ausgezeichneten Eigenschaften, Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre Erfahrung bewogen mich im Jahre 1882, Ihnen den wichtigen Posten des Ministers des Aeußeren anzuvertrauen. Von dieser Zeit an waren Sie mein nächster Mitarbeiter, der gewissenhafteste Ausführer Meiner Pläne in der internationalen Politik, und Ich konnte Mich von Ihrem unermüdlichen Arbeiten in der Leitung der äußeren Angelegenheiten, wie sie der Würde und dem Nutzen des Reiches völlig entsprach, überzeugen. Indem Ich Ihnen an dem heutigen, für Sie so bedeutungsvollen Tage Mein Wohlwollen und meine aufrichtige Erkenntlichkeit für Ihren lobenswerthen, dem Throne und Vaterlande ergebenen Dienst zu bezeigen wünsche, ernenne ich Sie zum Ritter des Ordens I. Classe des Heiligen, apostelgleichen Fürsten Wladimir, dessen Insignien anbei folgen.

Ich verbleibe Ihnen unverändert wohl gesinnt —
Das Original ist eigenhändig unterzeichnet:
„und Sie aufrichtig schätzend Ihr
Alexander.“

Kutais, den 13. October 1888.

* Die Festlichkeiten zu Ehren des **Regierungsjubiläums** des **Königs von Griechenland** haben mit dem von den städtischen Behörden am Sonntag auf der Akropolis veranstalteten Festmahl und dem daran anschließenden Feuerwerk ihren Abschluß gefunden. Das Feuerwerk, welchem auch die königliche Familie beiwohnte, verlief glänzend. Bei dem dem König dargebrachten Fackelzuge erschien derselbe auf dem Balcon und richtete eine huldvolle Ansprache an die Fackelträger. Die Bevölkerung brachte dem König und der Königin ununterbrochen lebhafte sympathische Kundgebungen dar. Der Herzog und die Herzogin von Edinburg verlassen heute Athen. Auf dem englischen Admiralsschiffe fand heute Mittag ein Dejeuner statt, welchem der König und die Königin beiwohnten.

* In der **französischen Deputirtenkammer** bringt **Jacquemart** einen Antrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ein Verzeichniß aller pensionirten Civilbeamten, deren Pension den Betrag von 3000 Francs übersteigt, der Kammer als eine Anlage zum Budget vorzulegen. Cuneo d'Ornano beantragt die Veröffentlichung eines Verzeichnisses der seit dem 2. December v. J. Pensionirten. Rouvier bekämpft den Antrag, der nur zur Erregung von Haß und Streit führen werde. Barré beantragt die Veröffentlichung eines Verzeichnisses sämmtlicher Pensionirten ohne jeden Unterschied und ohne Rücksicht auf die Höhe der denselben gewährten Pension. Der Finanzminister Peytral weist darauf hin, daß dies viel Zeit und Arbeit kosten werde und hält es für angezeigt, die Anträge durch eine Commission prüfen zu lassen. Die Kammer stimmt dem Antrage Jacquemart's und den von Cuneo d'Ornano und Barré dazu gestellten Unteranträgen zu und verweist dieselben an die Abtheilungen, welche eine Commission zur Vorberathung derselben ernennen sollen. Der Präsident Méline zeigte der Kammer an, daß die Quästoren Madier de Montjau und Mahy, sowie der Vicepräsident der Kammer, Anatole de la Forge, auf ihrer Demission beharren, während die übrigen Mitglieder des Bureaus ihre Demission zurückgezogen hätten. Die Wahl eines neuen Vicepräsidenten und von zwei neuen Quästoren wurde auf nächsten Donnerstag festgesetzt. — Die Wahl des Deputirten für Cochinchina, Ternisien, wurde nach langer Debatte für ungiltig erklärt.

* Nach einem **Madrider** Telegramme berichten dortige Regierungsblätter aus Anlaß der **Verlobung** des **österreichischen Erzherzogs Leopold Salvator** mit der **Tochter Don Carlos**, daß Kaiser **Franz Josef** ausdrücklich erklärt hätte, es entbehre diese Verbindung jeden politischen Charakters, und daß er nur Alphons XIII. als legitimen Herrscher anerkenne und bei einer neuen carlistischen Erhebung Don Carlos das Aufenthaltsrecht in Oesterreich entziehen würde. In **Wien** zweifelt man, wie der „Kreuzzeitung“ von dort geschrieben wird, die Glaubwürdigkeit dieser Meldung an. Wenn indessen dem Kaiser von Oesterreich zugeschrieben wird, daß er Alphons XIII. allein als legitimen König anerkenne, so ist das etwas so Selbstverständliches, daß, wenn man es auch nur mit einer willkürlich construirten Aeußerung des Kaisers zu thun haben mag, der Inhalt derselben jedenfalls den herrschenden Anschauungen entspricht. Auch hat es vollkommen seine Richtigkeit, daß der erwähnten Verlobung keine politische Bedeutung beizumessen sei, da es sich, wie der Wiener Correspondent berichtet, lediglich um einen Herzensbund handelt, welchen Erzherzog Leopold Salvator mit der in den Wiener höchsten Kreisen wegen ihrer hervorragenden Eigenschaften allseitig gefeierten Prinzessin Blanca von Castilien eingegangen. Wenn man überhaupt diese Verlobung in irgend einen Zusammenhang mit der Politik, der aber, wie gesagt, nicht besteht, bringen will, so könnte dies nur durch den Hinweis darauf geschehen, daß die Familie des Herzogs Carlos durch diese Verlobung